

Vertrauen aufbauen in schwierigen Zeiten –

AG Politik des Petersburger Dialoges 2007 in Wiesbaden

Die Arbeitsgruppe Politik des Petersburger Dialoges hatte sich in den letzten Jahren insbesondere der Rolle Russlands und Deutschlands im europäischen Einigungsprozess verschrieben. Dies wurde bestärkt durch das Leitthema des 7. Petersburger Dialoges in Wiesbaden „Einheit Europas – Deutsche und Russische Beiträge“, der am Wochenende unter Leitung der Vorsitzenden Michail Gorbatschow und Lothar de Maizière stattfand.

Die europäisch-russische Kooperation muss den gemeinsamen Werten gerecht werden und soll den beiderseitigen Interessen in Politik, Wirtschaft, Sicherheit und Kultur Rechnung tragen. Die aktuellen europäisch-russischen Debatten werden jedoch einerseits durch Handelskonflikte, andererseits durch Sicherheitspolitische Auseinandersetzungen um das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen und der tschechischen Republik bestimmt. Dabei tritt in den Hintergrund, dass Russland, die Europäische Union und die USA vor gemeinsamen Herausforderungen u. a. in der Sicherheits- und Energiepolitik stehen. Deshalb hat sich die AG Politik in diesem Jahr mit zwei Themenblöcken befasst, die sich mit den Grundfragen der deutsch-russischen Zusammenarbeit im europäischen Raum auseinandersetzen: „Zusammenarbeit EU-Russland – gemeinsame Werte und gemeinsame Interessen“ und „Sicherheit und Vertrauen“

Die Diskussionen waren von dem Willen der russischen und deutschen Teilnehmer bestimmt, alles zu tun, um den europäisch-russischen Beziehungen eine neue Dynamik zu verleihen. Es wurde deutlich, dass Schuldzuweisungen über die Verantwortung am Stillstand, der im Kontext mit der eigentlich anstehenden Neuverhandlung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens entstanden ist, nicht weiterhelfen. Politische Prozesse sind immer komplex und haben eine Vielzahl von Einflussfaktoren, die berücksichtigt werden müssen. In diesem Fall heißt dies v. a. die Veränderung der Europäischen Union durch neue Mitglieder, die über ein besonderes Verhältnis zu Russland verfügen, das durch geographische Nähe und Belastungen aus der gemeinsamen europäischen Vergangenheit gekennzeichnet ist. Außerdem hat es in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Union in den letzten beiden Jahren Regierungswechsel gegeben, die Einfluss auf das Selbstverständnis und die innere Dynamik der EU gehabt haben. Es ist unverkennbar, dass nach der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dem Präsidentschaftswechsel in Frankreich und dem Wechsel im Amt des Premierministers in Großbritannien die Europäische Union sich wieder stärker darauf besinnt, durch Einigkeit eigene Stärke zu entwickeln. Dies wird helfen, eine klare Position in die Verhandlungen mit Russland einzubringen.

Von der russischen Seite wird ein stärkeres Verständnis dafür erwartet, dass das Wesen der Europäischen Union darin besteht, ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

15. Oktober 2007

www.kas.de

meinsame Interessen in den Vordergrund zu stellen und dadurch alle Mitglieder zu stärken. Solidarität mit einzelnen Mitgliedsstaaten, mögen sie auch noch so klein sein oder am Rande der Union liegen, gehört mit zu diesem Selbstverständnis. Deshalb sollte es auch im russischen Interesse sein, dass die EU eine einheitliche Verhandlungslinie für die Zusammenarbeit mit Russland bestimmt. Von der EU wird erwartet, dass sie noch mehr tut, um ihren neuen Mitgliedern die Wirkungsweise dieser Union zu verdeutlichen und für mehr Verständnis gegenüber den russischen Anliegen zu werben. Gleichzeitig sollte aber auch Russland alles tun, um die vorhandenen Konflikte, insbesondere mit Polen und den baltischen Staaten, durch Kompromissfähigkeit zu lösen. Als ein positives Zeichen des guten Willens kann der Abschluss und die Ratifizierung des Grenzvertrages zwischen der Russischen Föderation und Lettland vor wenigen Wochen gewertet werden.

Gemeinsame Werte und Interessen sollten Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sein. Gerade die Auseinandersetzung mit islamistischem Terrorismus, mit Migration und der Entwicklung der globalen Ordnung verdeutlichen diesen engen Zusammenhang:

Deutsche und Russen haben gemeinsame Werte, die aus den christlichen und humanistischen Traditionen unserer europäischen Kultur gespeist sind.

Ähnliches gilt für die Interessen: Es gibt unterschiedliche Interessen auf vielen Feldern, wir sollten sie anerkennen, aber uns in der Praxis auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren.

- Wir haben das gemeinsame Interesse, dass unsere Lebensweise nicht durch extremistischen Terrorismus, wie auch immer dieser motiviert sei, gefährdet werden darf.
- Wir haben das gemeinsame Interesse, daran mitzuwirken, dass die sozialen Probleme in anderen Regionen der Welt nicht durch Migration, sondern vor Ort gelöst werden.

- Wir haben das gemeinsame Interesse, dass die Verantwortlichen in allen Ländern daran wirken, den Klimawandel zu bremsen und die natürlichen Ressourcen zu schonen.
- Wir haben auch das gemeinsame Interesse daran, die globale Ordnung so zu gestalten, dass unsere europäischen Lebensformen und die Demokratie und Freiheit Europas ebenso wie sein Wohlstand erhalten und ausgebaut werden können.
- Wir haben natürlich gerade im Bereich der Wirtschaft, des Handels und der Energieversorgung gemeinsame Interessen, die sich bereits in unserer engen Zusammenarbeit in diesen Feldern ausdrücken. Dies gilt besonders für die Energiesicherheit.

Meinungsverschiedenheiten bei der Umsetzung der gemeinsamen Wertestandards, die durch die Menschenrechtskonvention des Europarates definiert sind, wurden auch in Wiesbaden offen angesprochen. Bei allen Unterschieden in der Bewertung ist jedoch deutlich geworden, dass es ohne einen offenen Dialog zu keiner Annäherung zwischen Deutschen und Russen in diesen Fragen kommen kann. Dabei müssen die Deutschen respektieren, dass die russische Entwicklung historisch, politisch und sozioökonomisch eine andere ist, als beispielsweise die deutsche. Gleichzeitig wird von den Russen erwartet, dass die durch die Unterzeichnung und Ratifikation der Menschenrechtskonvention des Europarates eingegangenen Verpflichtungen offen angesprochen werden können, ohne dass dies als Einmischung in die Souveränität der Russischen Föderation empfunden wird.

Unterschiedliche Bewertungen und Meinungen kamen bei der intensiven Diskussion zum Thema „Sicherheit und Vertrauen“ zum Ausdruck: Russland sieht sich einem massiven Druck seitens der Supermacht USA ausgesetzt und möchte eine multipolare Weltordnung etablieren. Bestärkt durch seine wirtschaftlichen Erfolge und die innenpolitische Stabilisierung sieht es sich als einen dieser Pole. Deutsche Vertreter in der Ar-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DR. PETER FISCHER-BOLLIN

15. Oktober 2007

www.kas.de

beitsgruppe wandten sich entschieden gegen den Vorwurf, der Westen (also die USA und die EU) wollten ein schwaches und instabiles Russland.

Die permanente Debatte über einen neuen „Kalten Krieg“ wirkt sicher nicht vertrauensbildend. Es sollte vielmehr das erreichte Niveau an Kooperation gewürdigt werden: Die Mitwirkung Russlands im Europarat oder dem NATO-Russland-Rat zeigen bei allen Meinungsunterschieden, dass der kalte Krieg vor fast zwei Jahrzehnten zu Ende gegangen ist. Man kann nur hoffen, dass die Debatte um die Raketenabwehr genutzt wird, zu mehr gemeinsamen Ansätzen zu kommen.

Der Westen muss Russland in seiner Bedeutung und Komplexität anerkennen und ernst nehmen. Russland sollte gleichzeitig militärische Aktivitäten oder Gaspreisdrohungen immer auch im Hinblick auf ihre Wirkungen in der westlichen Öffentlichkeit zu bedenken. Unsicherheit in den Bevölkerungen kann in niemandes Interesse liegen. Deshalb sollten die beiden Regierungen alles zu tun, um den gesellschaftlichen Austausch zwischen unseren beiden Ländern zu intensivieren: Senkung der Visumshürden, Ausbau der wissenschaftlichen, kulturellen und vor allem politischen Dialogprogramme. Besonders müssen wir alle denkbaren Foren für einen außen- und sicherheitspolitischen Dialog nutzen, um die unterschiedlichen Konzeptionen zu erklären. Die deutsche Rolle kann im Rahmen seiner EU- und NATO-Mitgliedschaft nur die eines engagierten Anwaltes für engere Kooperation mit Russland sein.

Es ist klar, dass Sicherheit im heutigen Europa unteilbar ist und wir einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse bedürfen. Dazu müssen wir uns auf die drängenden globalen Fragen konzentrieren und dürfen uns nicht von den Meinungsverschiedenheiten zur Entwicklung in der gemeinsamen Nachbarschaft blockieren lassen.

In diesem Sinne hat der Petersburger Dialog in Wiesbaden Hoffnung auf weiteren Austausch und Annäherung gemacht, ohne die

nicht unbeträchtlichen bestehenden Differenzen zu verschweigen.